

## Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR - Plädoyer für einen Perspektivenwechsel <sup>1</sup>

Während die Neugründung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in bezug auf die westlichen Besatzungszonen seit den Siebziger Jahren als Standardthema gelten kann, muß die Bilanz des Forschungsstandes für die sowjetische Besatzungszone sehr viel magerer ausfallen; bei der Geschichtsschreibung über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) handelt es sich um einen der „weißen Flecken“ in der DDR-Geschichte.<sup>2</sup>

Die geringe Beachtung des FDGB in der sich mit der DDR beschäftigenden Literatur ist durchaus erstaunlich. Zwar saß der FDGB nicht am „Schalthebel der Macht“, stellte aber als „umfassende Klassenorganisation der Arbeiterklasse“ von Verfassungsrang einen wichtigen Systembaustein dar.<sup>3</sup> Leichter zu erklären ist das völlige Fehlen von Literatur zu den Industriegewerkschaften, da diese weitgehend nur die Rolle von Fachabteilungen der Einheitsor-

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Aufsatz ist aus einem Vortrag im Bielefelder „Kolloquium zur modernen Sozialgeschichte“ von Klaus Tenfelde und Hans-Ulrich Wehler hervorgegangen. Neben den Diskussionsteilnehmern möchte ich für Kritik und Anregungen späterer Fassungen besonders herzlich meinem Doktorvater Klaus Tenfelde danken sowie Stephan Geifes, Stefan Nesenhöner, Sebastian Simsch und Philipp Spitta.

<sup>2</sup> Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichte, in: Auf dem Weg zur Einheit. Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften im deutsch-deutschen Einigungsprozeß. Aktualisierte Beiträge aus „Gewerkschaftliche Monatshefte“, hg. von Wolfgang Mommsen, Köln 1990, S. 47-54, S. 53f.

Neben den vom DGB, der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Bundesregierung herausgegebenen Schriften, die in erster Linie dokumentarischen Charakter haben bzw. stark vom Kalten Krieg gezeichnet sind, und einigen Handbuchartikeln liegt nur eine erste umfassende Darstellung vor, die allerdings in weiten Teilen rein organisationsgeschichtlich orientiert ist: Ulrich Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie, Geschichte, Organisation, Funktionen, Kritik, Opladen 1989. Daneben gibt es eine ausführliche Studie zu der Betriebsrätebewegung in der sowjetischen Besatzungszone: Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (1945-1948). Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzepts der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt a.M. 1982.

Neben einer Reihe von Einzelstudien zum FDGB in der Aufbauphase in Form von Broschüren oder als Maschinenscript gibt es von ostdeutscher Seite v.a. zwei neuere Veröffentlichungen des FDGB selbst: Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, hrsg. v. Bundesvorstand des FDGB, Berlin (Ost) o.J. (ca. 1981) - eine Gesamtgeschichte mit Festschriftcharakter, gefolgt von einer Chronik: Geschichte des FDGB. Chronik 1945-1982, hg. v.d. Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ beim Bundesvorstand des FDGB, Berlin (Ost) 1984.

Zur Zeit entstehen parallel einige Arbeiten zum FDGB, so wie sie dokumentiert wurden vom „Workshop zur Gewerkschafts- und Arbeitergeschichte in der SBZ/DDR“, veranstaltet von Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde im Februar 1996 in Potsdam, so zum Beispiel: Detlev Brunner zu Sozialdemokraten im FDGB, Ralf Engeln zur Wismut AG, Ines Reich zu einem Vergleich der Gewerkschaften in der SBZ/DDR und in Polen und Sebastian Simsch zu einem Vergleich von DAF und FDGB. Die Verfasserin selbst arbeitet an einer Dissertation zum Thema: Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften in den Branchen Bergbau und Chemie in der SBZ/DDR, 1945-1953.

<sup>3</sup> Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 12.

organisation FDGB hatten; von unabhängigen Einzelverbänden kann keine Rede sein. Die Einzelgewerkschaften hatten keine Finanzhoheit, waren dem FDGB weisungsgebunden, und selbst über ihre Abgrenzung untereinander entschied der Bundesvorstand.<sup>4</sup>

Aus diesen Gründen erscheint es wenig sinnvoll, die Geschichte einer Einzelgewerkschaft für sich zu untersuchen. Vielversprechend ist es dagegen, die branchenspezifische Gewerkschaftstätigkeit innerhalb des FDGB zu verfolgen. Ein branchenspezifischer Ansatz läßt Aussagen über die tatsächliche Variationsbreite und den Handlungspielraum gewerkschaftlicher Tätigkeit zu und kann damit die bisherigen Untersuchungen ergänzen, die sich fast ausschließlich auf die Gewerkschaftsspitze konzentrierten und damit im Grunde genommen nur Aussagen über die Programmatik und die Politik des Bundesvorstandes zuließen. Auf diese Weise kann auch ein Beitrag zu der erst in ihren Anfängen steckenden Sozialgeschichte zur SBZ/DDR geleistet werden.<sup>5</sup> Weiter auf die Mikroebene gehend, können mit Hilfe von Betriebsfallstudien, die in ihren regionalen bzw. lokalen Kontext einzubinden sind, Verknüpfungen zwischen sozialer Lage und der Bildung formeller und informeller Interessenvertretungen nachvollzogen werden. Ohnehin lassen sich sozialgeschichtliche Untersuchungsfelder wie Branchenstruktur, Arbeitsorganisation oder Berufstraditionen nur branchenspezifisch, die soziologische Binnenstruktur der Arbeiterschaft, ihre Wohn- oder Ernährungssituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur lokalhistorisch erfassen.

Aufgrund des beschriebenen Forschungsdefizits wird auch eine branchenspezifisch orientierte Sozialgeschichte der Gewerkschaften der SBZ/DDR mit der Rekonstruktion der Organisationsgeschichte - zumal der Einzelgewerkschaften - beginnen müssen. Darüberhinaus muß es ihr aber schwerpunktmäßig darum gehen, den FDGB als Interessenvertretungsorgan mit der Bedürfnislage der Belegschaften in Beziehung zu setzen. Dieses Anliegen erfordert einige Vorüberlegungen, die im folgenden thematisiert werden.

#### *Plädoyer für einen Perspektivenwechsel*

Zunächst ist die Auswahl der Perspektive, die die Untersuchung strukturiert, entscheidend. Für die bundesdeutsche Geschichtsschreibung war es bis 1989 symptomatisch, der Analyse des FDGB eine Gewerkschaftsdefinition zugrunde zu legen, die in erster Linie die eigene Gewerkschaftswirklichkeit einfing, um dann nachzuweisen, daß der FDGB alle wesentlichen Kriterien

---

<sup>4</sup> Ibid., S. 310f.

<sup>5</sup> Eine erste Dokumentation dieser Anfänge: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994. Auch ein neuerer Forschungsüberblick kommt zu dem Ergebnis, daß das „Defizit an solider sozialhistorischer Forschung“ noch beträchtlich sei, so Christoph Kleßmann/Martin Sabrow, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/96 (Sept. 1996), S. 3-14, S. 10. Vgl. weiter Christoph Kleßmann, Die „verstaatlichte Arbeiterbewegung“. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der Arbeiterschaft in der DDR, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 108-119.

verfehle, die eine Gewerkschaft ausmachten. Kriterien, die eine wirksame Interessenvertretung ermöglichen, sind danach: ein demokratischer Aufbau, die Freiwilligkeit des Beitritts, die Unabhängigkeit von Arbeitgebern, Staat und politischen Parteien, das Streikrecht und die Tarifautonomie.<sup>6</sup> Die Analyse des FDGB nach solchen Kriterien ergibt: der Aufbau sei nicht demokratisch, sondern straff zentralistisch, die Mitgliedschaft nur formal freiwillig, in Wirklichkeit handele es sich um eine „Zwangsorganisation für Arbeitnehmer in der DDR“;<sup>7</sup> der FDGB sei nicht unabhängig, sondern der verlängerte Arm der SED. Auch hätten fast alle Voraussetzungen für ein gewerkschaftliches Wirken in der DDR gefehlt, da die Wirtschaft zum größten Teil verstaatlicht gewesen sei, Löhne und Gehälter in den Volkswirtschaftsplänen mit Gesetzeskraft festgelegt worden seien und es daher keinen Spielraum zur Tarifautonomie gegeben habe, die eines der eigentlichen „Lebenselemente“ freier Gewerkschaften darstelle.<sup>8</sup> Eine solche Argumentation läßt sich schließlich auf die These zuspitzen, daß „der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund weder frei noch eine Gewerkschaft“ gewesen sei.<sup>9</sup>

Dieses Ergebnis ist kaum erstaunlich. Aufgrund der gewählten Perspektive muß sich das Forschungsergebnis darauf beschränken, festzustellen, daß der FDGB einer ihm fremden, von außen angetragenen Definition nicht genügt - der Erkenntnisgewinn ist zwangsläufig gering. Es gilt also, eine Untersuchungsperspektive zu finden, die die jeweilige Gesellschaftsordnung mitsamt den spezifischen Funktionen, die den Gewerkschaften zugewiesen werden, integriert. Tatsächlich vertrat der FDGB seinem Selbstverständnis nach nicht abhängig Beschäftigte gegenüber ihren Arbeitgebern, sondern bildete eine Organisation von „Werkträgern, die zugleich als Miteigentümer der als im Volkseigentum befindlich verstandenen Produktionsmittel aufgefaßt“ wurden.<sup>10</sup> Diesem Selbstverständnis nach mußte sich auch die Interessenvertretung der Gewerkschaftsmitglieder anders gestalten als in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Bei einem Ansatz, der der Selbstdefinition des FDGB gerecht wird, geht es nicht darum, diese zu legitimieren; es kann aber nicht darauf verzichtet werden, das Selbstverständnis in den wissenschaftlichen Ansatz zu integrieren.

Eine Untersuchungsperspektive, die diesen Anspruch erfüllt, hat Ulrich Gill überzeugend vorgeführt. Er hat sich für einen systemimmanenten Ansatz entschieden, der zuallererst nach der Stellung und Funktion des FDGB im Herrschafts- und Gesellschaftssystem der SBZ/DDR

---

<sup>6</sup> S. als Beispiel einer solchen Gewerkschaftsdefinition: Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 14f.

<sup>7</sup> Franz Kusch, Das Machtkartell. Die Gewerkschaften in Deutschland, Stuttgart 1980, S. 246.

<sup>8</sup> Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Geschichte und Organisation, hg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1988 (4), S. 8.

<sup>9</sup> Kusch, Das Machtkartell, S. 26. S. für eine Diskussion einer solchen Position: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 7f.

<sup>10</sup> Hartmut Zimmermann, Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: DDR-Handbuch, wiss. Leitung ders. u.a., Köln 1985, Bd. 1, S. 459-473, S. 460.

fragt.<sup>11</sup> Als Beurteilungsmaßstab hat er weitgehend anstelle eines „äußerlichen Kategoriengerüsts“ „das problematisierte Selbstverständnis des FDGB“ verwendet.<sup>12</sup>

Mit diesem Ansatz hat Gill die Geschichtsschreibung über die Gewerkschaften der SBZ/DDR zweifellos entscheidend vorgebracht. Drei Gründe sprechen aber für eine Modifizierung seines Ansatzes. Erstens orientiert sich Gills Frage nach der Funktion des FDGB als Systembaustein innerhalb der Gesellschaftsordnung der SBZ/DDR zunächst auf die Makroebene. Die Frage der Interessenvertretung hat dabei nur den Stellenwert eines sekundären Erkenntnisinteresses, das nur deshalb ins Spiel kommt, weil der Erfolg der systemstabilisierenden Funktion des FDGB auch an dem Erfolg der Interessenbefriedigung seiner Mitglieder gemessen werden muß. Für eine Sozialgeschichte der Gewerkschaften sollte aber die Funktion der Gewerkschaften als Interessenvertretungsorgan das primäre Erkenntnisinteresse ausmachen. Zweitens kann eine Sozialgeschichte nicht der in Gills Ansatz angelegten starken Konzentration auf das offizielle Programm des FDGB folgen. Der Schwerpunkt des Interesses hat hier - neben der Praxis - vielmehr auf dem Diskurs zu liegen, also dem Ort, an dem sich die Gewerkschaftstheorie mit dem Alltagsbewußsein der Menschen verknüpft und sich zumeist auf konkrete Situationen bezieht, in denen sich das durchs Alltagsbewußsein transformierte Programm bewähren muß. Gills Ansatz hat sich in bezug auf beide Punkte für eine Organisationsgeschichtsschreibung, wie er sie vorgenommen hat, bewährt; eine Sozialgeschichte der Gewerkschaften muß aber andere Schwerpunkte setzen.

Der dritte Grund, der für eine Modifizierung von Gills Ansatz spricht, ist grundsätzlicher Natur. Gill hat das Problem, daß sich ein Beurteilungsmaßstab nie ausschließlich aus einer rein systemimmanenten Perspektive heraus entwickeln läßt,<sup>13</sup> gelöst, indem er neben seiner gewinnbringenden Problematisierung des Selbstverständnisses des FDGB zusätzlich mit „allgemein demokratiethoretisch“ begründeten Fragen gearbeitet hat. Tatsächlich gibt es aber keine „allgemeine“ Demokratiethorie.<sup>14</sup> Mit dieser Formulierung verschleiert Gill, daß er

---

<sup>11</sup> Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 14.

<sup>12</sup> Ibid., S. 18. Entscheidend ist für Gill hierbei die Frage, inwiefern bereits Konflikte im Programm des FDGB selbst angelegt waren. Konkret spielt Gill auf die mögliche Spannung „zwischen der zentralistischen Verpflichtung auf gesamtgesellschaftliche Aufgabenwahrnehmung und der Vertretung unmittelbarer Mitgliederinteressen“ an (ibid., S. 14).

<sup>13</sup> Mit dieser These wende ich mich explizit gegen eine Annahme, wie sie mitunter in kulturanthropologischen Ansätzen verwendet wird. Diese Annahme lautet, daß „fremde Kulturen“ „nur aus ihren eigenen Kontexten erklärt und beschrieben werden“ können (Richard van Dülmen, Fragmentarisierung unseres Geschichtsbildes oder die Geschichtswissenschaft auf neuen Wegen, in: Magazin Forschung, Universität des Saarlandes (1995), S. 46-49, S. 49).

<sup>14</sup> Gill übernimmt Kriterien wie die Legitimation der Macht durch die Machtadressaten, gewaltlose Kontroll- und Abwahlmöglichkeiten der bestellten Machträger durch die Machtadressaten und ein Minimum an verbindlichen Grundwerten wie individuelle Freiheit, staatsbürgerliche Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Minderheitenschutz, ohne die Demokratie nicht verwirklichtbar sei (Nach Klaus Böger/Hans Kremendahl, Bundesrepublik Deutschland - Deutsche Demokratische Republik. Vergleich der politischen Systeme, Stuttgart 1979). Die Theoretiker einer „Demokratie neuen Typs“ der DDR wiesen solche generellen Gesetze aber als

letztlich auf systemfremde Wertvorstellungen nicht verzichten konnte. Hier soll für einen Ansatz plädiert werden, der so weit wie möglich systemimmanent ist, dabei aber die eigene Gebundenheit an westlich-liberale Denktraditionen expliziert und fruchtbar zu machen versucht. Das sozialgeschichtliche Interesse gibt als Hauptfragestellung einen Vergleich zwischen Interessenvertretungsangebot und -nachfrage vor. Den Maßstab, an dem die Vorstellungen verschiedener FDGB-Funktionäre gemessen werden, können damit die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder selbst darstellen. Dieser Vergleich kann weitgehend systemimmanent durchgeführt werden, ohne einen Beurteilungsmaßstab von außen zu benötigen. Das systemfremde Element dieses Ansatzes besteht einzig und allein in der Überzeugung von der grundsätzlichen Subjektivität und damit zunächst einmal Gleichwertigkeit aller Interessen.<sup>15</sup>

Folgende Fragen sind für den vorgeschlagenen Ansatz zentral: Welche verschiedenen Vorstellungen existierten bei den Gewerkschaftsfunktionären in bezug auf die Funktionen ihrer Organisation? Was machte die jeweilige Erwartung unterschiedlicher Gewerkschaftsmitglieder an ihre Interessenvertretung aus? Inwiefern entwickelten sich Widersprüche zwischen Angebot und Nachfrage an Interessenvertretung? Beurteilt wird, ob und wenn, wann von wem welche Interessen befriedigt wurden. Der entscheidende Punkt bei dieser Herangehensweise ist, daß die jeweilige Interessenlage der verschiedenen Gruppierungen nicht a priori festgelegt, sondern ausschließlich empirisch erarbeitet wird.

Die hier vorgeschlagene Perspektive setzt folgende Annahmen für den Untersuchungsansatz voraus. Erstens darf die derzeit dominante Vorstellung von der DDR als politisch konstituierter und durchherrschter Gesellschaft nicht unkritisch übernommen werden, sondern es muß vielmehr gezielt nach der Kontinuität sozialer Strukturen und nach Handlungsspielräumen gesucht werden, die - falls vorhanden - eine Differenzierung in verschiedene Interessengruppen überhaupt erst sinnvoll erscheinen läßt. Zweitens darf der FDGB nicht als monolithischer Block betrachtet werden - das Augenmerk muß sich stärker als bisher geschehen auf seine tatsächliche, zuweilen widersprüchliche Praxis richten, weniger auf sein von oben vorgegebenes Programm. Drittens muß ein Weg gefunden werden, die Arbeiter nach verschiedenen, real vorhandenen Interessengruppen zu differenzieren. In diesem Zusammenhang gilt es, das Verhältnis von sozialer Lage und politischem Handeln in der spezifischen Situation der SBZ und frühen DDR zu überdenken. Diese drei Annahmen werden im folgenden näher ausgeführt.

---

rein „formal“ zurück und setzten andere Prioritäten (Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989*, Frankfurt/M. 1992, v.a. S. 81-101).

<sup>15</sup> Eine vollständig systemimmanente Perspektive hingegen müßte gemeinsam mit der Ideologie der SBZ/DDR von der Existenz eines „objektiven“, von einem „wissenschaftlichen“ Geschichtsbild vorgegebenen Interesses ausgehen. Der Glaube an ein objektives Interesse hat in dem vorliegenden Ansatz aber nur den Stellenwert einer einzelnen Weltsicht neben anderen, wenn auch dem Tatbestand Rechnung getragen werden muß, daß sie aufgrund der politischen Verhältnisse besonders einflußreich sein konnte.

I. Die derzeit dominante Vorstellung von der DDR als politisch konstituierter, durchherrschter, sozial homogenisierter und radikal neuer Gesellschaft soll hier nicht widerlegt, wohl aber relativiert werden. Es wird dafür plädiert, zunächst einmal Handlungsspielräume, soziale Differenzierung und Kontinuitäten in einem größeren Maße als zur Zeit üblich zu unterstellen, um nicht zuletzt eine möglichst vielversprechende heuristische Ausgangsposition zu erhalten.

Symptomatisch für den derzeitigen Trend der DDR-Forschung ist die These Jürgen Kockas, 1989 habe man „die ausgeprägte Bedingtheit, ja Abhängigkeit der sozialen Verhältnisse, des Alltagslebens, der Lebenswelt und Kultur von der Politik, und zwar von der Politik in ihren großen, nationenübergreifenden Zusammenhängen“, erkannt.<sup>16</sup> Von dieser These ausgehend, schlägt Kocka eine Änderung der Fragerichtung vor: Während es bei der Untersuchung bürgerlicher Gesellschaften sinnvoll gewesen sei, nach der sozialen Basis politischer Prozesse zu fragen, sollte im Falle der DDR die Frage nach der politischen Basis sozialer Prozesse im Vordergrund stehen. Tatsächlich hatte das Bemühen der „Diktatur“, eine neue, politisch gesteuerte Gesellschaft zu schaffen, durchaus seine Erfolge: der Herrschaftsapparat griff tief in alle Bereiche ein.<sup>17</sup> So ist Kocka auch zuzustimmen, wenn er meint, daß politische Eingriffe für große Veränderungen in der Sozialstruktur verantwortlich gewesen seien: so für Flucht, Vertreibung und Enteignung, für die Zerstörung des Wirtschaftsbürgertums, für die Entstehung einer weiblichen Bevölkerungsmehrheit, für gewaltige Mobilitätschancen für nachrückende Aufsteiger, von denen vor allem die untere Mittel- und obere Unterschicht profitierten, und damit für einen Austausch der Eliten.<sup>18</sup> Gleichzeitig birgt die von Kocka vorgeschlagene Umkehrung der Fragerichtung für eine sozialgeschichtlich orientierte Gewerkschaftsgeschichtsschreibung aber die Gefahr in sich, auf diese Weise nur die Fokussierung der DDR-Forschung vor 1989 auf das Politische zu reproduzieren. Tatsächlich fehlen in der DDR-Geschichtsschreibung bisher in erster Linie Untersuchungen, die soziale Prozesse und Strukturen in konkreten Zusammenhängen untersuchen. Einen Beitrag hierzu zu leisten, sollte auch die Aufgabe einer sozialgeschichtlichen Gewerkschaftsgeschichte sein. Diese sollte zwar die Ereignisse und Strukturen internationaler und nationaler Politik als wichtige Rahmenbedingungen nicht zuletzt auch für die Strukturierung sozialer Beziehungen anerkennen, deswegen aber nicht auf den ihr eigenen Blick verzichten: Die zentrale Fragestellung sollte bleiben, inwiefern soziale und mentale Strukturen wiederum die Grenzen von Politik festlegen. Ohne

---

<sup>16</sup> Jürgen Kocka, Sozialgeschichte der 90er Jahre, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 40 (Dez. 1993), S. 1225-29, S. 1125.

<sup>17</sup> Zu nennen wären hier der systematische Bruch verfassungs- und rechtsstaatlicher Prinzipien, die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte, die Ablehnung von weltanschaulichem bzw. politischem Pluralismus, die Ausschaltung intermediärer Gewalten, der Abbau der relativen Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche und spezifische Formen der Massenbeeinflussung und Repression (Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble u.a., Sozialgeschichte der DDR, S. 547-553, S. 547).

<sup>18</sup> Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, S. 548.

einer Sozialgeschichte „with politics left out“<sup>19</sup> das Wort zu reden, wird hier für die Beibehaltung von der noch gar nicht so lange von der Sozialgeschichte erkämpften Fragerichtung plädiert.<sup>20</sup>

Aus dieser methodischen Entscheidung heraus lassen sich weitere Thesen der derzeitigen Forschung relativieren, die sich vor allem einer Konzentration auf die Politik der Führungskräfte verdanken. Als besonders einflußreich haben sich hier die Forschungsergebnisse Sigrid Meuschels erwiesen, die deshalb im folgenden exemplarisch diskutiert werden. So konkretisiert sich bei ihr die Vorstellung von der „durchherrschten Gesellschaft“ in der These, daß die Ausdifferenzierung von Politik, Ökonomie, Recht und Moral weitgehend rückgängig gemacht worden sei; die Gesellschaft sei unmittelbar politisch verfaßt gewesen. Nur wenn die Partei selbst „beschloß“, Teilbereichen der Gesellschaft eine partielle Autonomie wieder zuzugestehen, habe ausnahmsweise „eine eigensinnige Rationalität und Handlungsdynamik“ aus den sozialen Subsystemen hervorgehen können.<sup>21</sup>

Mit diesen Thesen hat Meuschel wichtige Merkmale der DDR-Gesellschaft eingefangen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie sich an der Programmatik der Herrschenden orientiert,<sup>22</sup> während die empirische Forschung, die allein das Verhältnis von „Durchherrschungsversuchen“ und sozialer Autonomie bestimmen kann, noch weitgehend aussteht. Einiges läßt sich aber schon beim derzeitigen Kenntnisstand erwidern. So ist etwa zu fragen, ob es sinnvoll ist, davon auszugehen, daß die Partei „beschließen“ konnte, einigen gesellschaftlichen Teilbereichen ihre partielle Autonomie wieder zuzugestehen, wie Meuschel annimmt, oder ob nicht eher davon auszugehen ist, daß die SED gezwungen war, immer neue Kompromisse mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu schließen, um ihre Macht erhalten zu können. Peter

---

<sup>19</sup> Jürgen Kocka, Perspektiven für die Sozialgeschichte der neunziger Jahre, in: Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, hg. v. Winfried Schulze, Göttingen 1994, S. 33-39, S. 34.

<sup>20</sup> Tatsächlich rennt man mit der Forderung, Zeitgeschichte stärker politikgeschichtlich zu orientieren, offene Türen ein. Schließlich haben in der Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren sozialgeschichtliche Fragestellungen verstärkt Eingang gefunden, und auch die SBZ/DDR-Forschung war immer fast ausschließlich politikhistorisch ausgerichtet. Insofern steht ohnehin „zu befürchten, daß mit der jetzt anlaufenden ‘neuen’ DDR/SBZ-Forschung wieder die alte Reihenfolge: zuerst Politikgeschichte, dann Sozialgeschichte, in Gang gesetzt wird und die Zeitgeschichtsforschung insgesamt in ihrer zunehmenden sozialhistorischen Orientierung zurückgedrängt wird“ (Paul Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft 19, S. 202-238, S. 238).

<sup>21</sup> Eine zweite Ausnahme, nämlich, daß gesellschaftliche Akteure versuchten, eine partielle Autonomie von unten her durchzusetzen, stellt Sigrid Meuschel erst für die Endphase der DDR fest. Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: GG 19 (1993), S. 5-14, S. 5f. In eine ähnliche Richtung argumentiert auch M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble u.a., Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17-30. Als erster Sammelband mit dem Versuch einer Gegenargumentation liegt vor: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1995.

<sup>22</sup> Sigrid Meuschel stützte sich überwiegend, wie vor 1989 auch nur eingeschränkt anders möglich, auf legitimatorische Verlautbarungen der Partei bzw. wissenschaftliche Texte, die diese politischen Legitimationsansprüche bearbeiteten (Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 27).

Hübner hat beispielsweise darauf hingewiesen, daß das politische Machtmonopol der SED ständig unter dem Druck sozialer Interessen stand. Die Partei mußte jeden Konflikt zwischen sich und der Arbeiterschaft vermeiden, da ein solcher ihre Selbstlegitimation als Elite im „Arbeiter- und Bauernstaat“ ad absurdum geführt hätte.<sup>23</sup> Martin Kohli nimmt darüber hinaus an, daß der große, häufig ideologiewidrige Umfang positiver Anreize zur Kooperation in Form von Privilegien beim Zugang zu knappen Gütern oder einer Karriere die Grundlage bildete für die Bildung von Netzwerken persönlicher Loyalität; er schlägt vor, sich anstelle atomisierter Massen „eine reiche Subkultur persönlich-instrumenteller Beziehungen“ vorzustellen.<sup>24</sup>

Eine weitere These Sigrid Meuschels, die sich vermutlich in erster Linie der Konzentration auf das Programm der SED verdankt, ist, daß sich die DDR-Gesellschaft sozialstrukturell homogenisiert habe. Dem hat neuerdings Heike Solga überzeugend widersprochen, indem sie darauf hinwies, daß die politisch initiierten Veränderungen der Sozialstruktur keineswegs in eine klassenlose Gesellschaft eingemündet seien, sondern im Gegenteil eine neue „staatssozialistische“ Klassengesellschaft hervorgebracht hätten. Nach Solga stellten die zwar zunächst durch politische Entscheidungen hervorgebrachten, sich dann aber selbst reproduzierenden Klassenlagen eine wesentliche strukturelle Ursache sozialer Ungleichheit dar.<sup>25</sup> Die „staatssozialistische Klassenstruktur“ habe sich aber erst 1960/61 etabliert - die Zeit davor sei durch „Prozesse kollektiver Klassenmobilität“ gekennzeichnet gewesen.<sup>26</sup> Die Gesellschaft der SBZ

---

<sup>23</sup> Peter Hübner, Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft, in: GG 19 (1993), S. 15-28, S. 15. Hübner faßt hier seine wichtigsten Thesen zusammen aus ders., Konsens, Konflikt, Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995. Hier weist Hübner auch auf die große Zahl v.a. innerbetrieblicher Konflikte hin (ibid., S. 178-210) und zeigt, wie sich z.B. die Produktionsbrigaden - und zwar von der SED völlig unvorhergesehen und nicht durch sie beeinflussbar - zu einem durchaus effektiven, wenn auch nicht zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Gremium der Interessenvertretung entwickelten (ibid., S. 211-245). Vgl. hierzu auch Jörg Roesler, Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Kaelble u.a., Sozialgeschichte der DDR, S. 144-170.

<sup>24</sup> Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble u.a., Sozialgeschichte der DDR, S. 31-61, S. 37.

Vgl. a. Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 96-110, S. 105-9. Jessen sieht das Verhältnis von „sozialer Autonomie“ und „diktatorischer Gesellschaftskonstruktion“ folgendermaßen: Da das politische System im Alltag permanent versagte, wurden seine Leistungslücken durch informelle, sich neu herausbildende Beziehungsmuster überbrückt; unter „der Oberfläche dekretierter Scheinhomogenität“ bildeten sich informelle Strukturen, die nicht nur bei vorgefundenen Strukturen anknüpften, sondern selbst strukturbildend wirkten. In dieser „zweiten Gesellschaft“ waren in erster Linie „Beziehungsspielsinn“ und „permanente Beziehungsarbeit“ von Bedeutung. Tatsächlich scheint eine solche Vorstellung entgegen der „Annahme einseitiger Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse, durch die das Soziale ausschließlich als abgeleitete Größe totaler Herrschaft sichtbar wird“, einen besseren Zugang zur Geschichte der DDR zu versprechen.

<sup>25</sup> Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, s. bes. S. 207-214.

<sup>26</sup> Ibid., S. 208, 95-105.

und frühen DDR läßt sich demnach am ehesten als Umbruchgesellschaft definieren, als eine Gesellschaft, in der sich die überkommenen sozialen Strukturen im Fluß befanden.<sup>27</sup>

Zuletzt hebt Meuschel sehr stark auf die - keineswegs zu leugnende - starke Veränderung der politischen und sozialen Rahmenbedingungen im Jahr 1945 ab. Dabei vernachlässigt sie aber zu sehr die Frage nach den Kontinuitäten. Lutz Niethammer betont dagegen zu Recht, daß es wichtig sei, die Fehler der deutschen Zeitgeschichtsschreibung nicht fortzuführen, indem durch eine Konzentration auf die politische Herrschaftsgeschichte die Kontinuitäten innerhalb einer Gesellschaft beiseite geschoben werden.<sup>28</sup>

Das Verhältnis von Herrschaft und sozialer Autonomie, von sozialer Homogenisierung und neuer Differenzierung, von Bruch und Kontinuität steht heute noch nicht fest. Beim derzeitigen Forschungsstand ist die Frage zentral, welche Hypothesen die fruchtbarste heuristische Ausgangsposition schaffen. Es liegt auf der Hand, daß nur mit einem Ansatz, der Handlungsspielräume theoretisch unterstellt und dementsprechend nach Konflikten und Aktivitäten sucht, geklärt werden kann, „wieweit solche Spielräume empirisch vorhanden waren.“<sup>29</sup> Dasselbe gilt für die von der Führungsspitze der DDR geleugneten und damit zunächst verborgenen sozialen Unterschiede ebenso wie für die auf Anhieb weniger sichtbaren Kontinuitäten. Aus diesem Grund wird hier vorgeschlagen - ohne damit eine Vorentscheidung über eine endgültige Charakterisierung der DDR-Gesellschaft treffen zu wollen -, aus forschungspragmatischen Gründen Handlungsspielräume, soziale Differenzierung und Kontinuitäten zunächst zu unterstellen.

II. In eine solchermaßen vergleichsweise offengehaltene Vorstellung von der DDR-Gesellschaft läßt sich auch die zweite, für den vorgeschlagenen Perspektivenwechsel notwendige Grundannahme integrieren, nämlich den FDGB nicht als monolithischen Block zu betrachten. Die verschiedenen Vorstellungen von Interessenvertretung von den Gewerkschaftsfunktionären auf den verschiedenen Hierarchiestufen sowie ihre Praxis müssen ausdifferenziert werden. Gleichzeitig muß in diesem Zusammenhang die Betriebsrätebewegung gemeinsam mit dem Gewerkschaftsaufbau behandelt werden, da beide Interessenvertretungen in mehrfacher Weise miteinander verzahnt waren. Die Praxis der Betriebsräte bewegte sich dabei im Spannungsfeld zwischen einer Konkurrenz zum FDGB und ihrer Instrumentalisierung zu einem ausführenden Organ der Gewerkschaften.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> Diese Charakterisierung der DDR-Gesellschaft bezieht sich explizit nur auf ihre ersten 15 Jahre und setzt sich damit von der Mehrzahl der derzeit diskutierten Theorieangebote ab, die die DDR-Gesellschaft häufig nur aus der Sicht der 80er Jahre erfassen (Ibid., S. 12) und deshalb keinesfalls verallgemeinert werden dürfen.

<sup>28</sup> Lutz Niethammer, Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Kaelble u.a., Sozialgeschichte der DDR, S. 95-115, S. 95.

<sup>29</sup> Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft, S. 33.

<sup>30</sup> S. hierzu als Standardwerk Suckut, Betriebsrätebewegung.

Wichtig ist, die gebotene Differenzierung der verschiedenen Interessenvertretungsangebote nicht ausschließlich mit Hilfe von Dichotomien zu erbringen. So ist es zwar nicht falsch, daß der „1945 begründete FDGB“ ab 1947/48, also nach seiner Umwandlung, „quasi einer gleichnamigen, aber andersartigen Organisation“ gegenüberstand.<sup>31</sup> Eine Charakterisierung aber, die diachron vergleichend eine „richtige“ Gewerkschaft einem reinen Erfüllungsgehilfen der SED gegenüberstellen würde, kann - über diesen Gedanken hinaus - kaum etwas vom Charakter des FDGB erfassen, wie bei der Diskussion der lange Zeit vorherrschenden Perspektive bereits gezeigt wurde. Auch sollte vermieden werden, die Bundesvorstandsebene und die Betriebsebene von vornherein als Gegensätze aufzufassen und als Synonyme von Herrschaft und Widerstand zu behandeln. Nicht nur scheint sich bereits beim derzeitigen Kenntnisstand herauszukristallisieren, daß durchaus Personen auf verschiedenen Hierarchiestufen Vorstellungen und Interessen miteinander teilten, auch kann konstatiert werden, daß viele Konflikte von vornherein quer zur Dichotomie Herrschaft und Widerstand verliefen. So scheint beispielsweise in der SBZ und frühen DDR die Leitungsebene der IG Bergbau in ihrer Einstellung gegenüber dem Bundesvorstand des FDGB weder eine Haltung des Widerstands noch die eines reinen Erfüllungsgehilfen eingenommen zu haben. Am weitesten verbreitet war offenbar eine Haltung des Arrangements, wobei aber gleichzeitig eine eigene Machtpolitik in den Grenzen der vorgegebenen Handlungsspielräume betrieben wurde. Betrachtet man die Interessen der Belegschaften in den ersten Nachkriegsjahren, so wie sie in den Stimmungsberichten von den betrieblichen Interessenvertretungen regelmäßig zusammengetragen wurden,<sup>32</sup> so wird deutlich, daß von den Gewerkschaften vor allem ein Engagement für eine Verbesserung der Versorgungslage erwartet wurde. Der Maßstab, an dem sich die Arbeit der jeweiligen Interessenvertretungsorgane in den Augen der Mehrheit der von ihnen Vertretenen messen lassen mußte, war also die Effektivität, mit der die materiellen Bedürfnisse der Belegschaften befriedigt wurden. Die Industriegewerkschaften leisteten hier eine intensive Lobbyarbeit für die in ihren Branchen Beschäftigten, wobei sie wenig Rücksicht auf eine eventuelle Benachteiligung anderer Branchen nahmen. Dieser „Branchenegoismus“ führte zwangsläufig zu Interessenkonflik-

---

<sup>31</sup> Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 19.

<sup>32</sup> Eine detailliertere Auswertung von Stimmungsberichten aus 131 Bergbaubetrieben vom Juli und August 1947 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, IG Bergbau Sekretariat, Nr. 190) findet sich in Helke Stadtland, Neubildung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Branchen Bergbau, Energie und Chemie, Examensarbeit Universität Bielefeld 1994 (MS.), S. 145-153. Auch in den Westzonen war die Interessenlage offenbar ähnlich strukturiert. So hat Borsdorfs Fallstudie zu den Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau von 1945 bis 1947 gezeigt, daß der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Einführung von Punktesystem und Leistungsprämie vergeblich war, da er den unmittelbaren Lebensinteressen der Belegschaftsmitglieder widersprach. Solange diese hungerten, zeigten sie sich an den politischen Forderungen der Gewerkschaften, wie der Sozialisierung des Bergbaus, nur bedingt interessiert. So gelang es der Militärregierung in der Notsituation der Nachkriegszeit, die Arbeiterschaft durch materielle Anreize von den politischen Forderungen ihrer Gewerkschaften loszueisen (Ulrich Borsdorf, Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945-1947, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.), Glück auf Kameraden, Köln 1979, S. 345-366, bes. S. 360).

ten innerhalb der Gewerkschaften, die sich in diesem Falle aber nicht im Spannungsfeld von Herrschaftsanspruch und Widerstand bewegten.

Wiederum geht es nicht darum, grundsätzlich den Gegensatz zwischen dem FDGB von 1945 und dem von 1948 zu ignorieren, noch das Vorhandensein von Herrschaftsanspruch und genuinem Widerstand zu leugnen. Ein Rückzug allein auf diese beiden Dichotomien würde aber den Blick auf einen großen Bereich der tatsächlichen Praxis der Interessenvertretungsorgane verstellen.

III. Parallel zu einer Ausdifferenzierung verschiedener Positionen innerhalb des FDGB und der Betriebsrätebewegung müssen, so lautet die dritte, oben formulierte Annahme, die Arbeiter sich in verschiedene, real vorhandene Interessengruppen unterteilen lassen. Dabei kann sich eine sozialgeschichtlich orientierte Gewerkschaftsgeschichtsschreibung nicht darauf beschränken, die verschiedenen politischen Positionen herauszuarbeiten. Vielmehr muß der Versuch im Mittelpunkt des Bemühens stehen, diese unterschiedlichen Haltungen an soziale und mentale Strukturen zurückzubinden, also die klassische Frage nach dem Zusammenhang von sozialer Lage und politischem Verhalten zu stellen.

Geht man mit Solga davon aus, daß sich die ursprüngliche Klassengesellschaft in Auflösung befand und damit auch die Begründung für eine politische Organisation einer Klasse zunächst verschwand, muß neu gefragt werden, wen die Gewerkschaften in der SBZ und frühen DDR in der Praxis überhaupt vertraten.<sup>33</sup> Hier wird die These vertreten, daß es in dem zunächst noch nicht homogenen FDGB unterschiedliche Interessenvertretungsangebote gab, die jeweils den Bedürfnissen verschiedener Gewerkschaftsmitglieder entsprachen. Diese Bedürfnisse waren aber weder beliebig noch verteilten sie sich rein zufällig auf vereinzelte Individuen innerhalb einer atomisierten Masse. Das Chaos der Nachkriegszeit verursachte nicht - wie angenommen werden könnte - die Herausbildung einer beliebig großen Zahl individueller Überlebensstrategien. Ganz im Gegenteil lassen sich empirisch relativ stabile Gruppen von Menschen ausmachen, die jeweils eine gemeinsame Vorstellungswelt und ein ähnliches politisches Verhalten aufwiesen - es läßt sich also geradezu von Bedürfnisstrukturen sprechen. Dieses Phänomen ist erklärungsbedürftig. Als eine Möglichkeit der Erklärung könnte die These der politischen Durchherrschaft erhalten: die von oben vorgegebenen Handlungs-

---

<sup>33</sup> Diese Frage ist selbstverständlich nur zu stellen, wenn weder simplizistisch davon ausgegangen wird, daß der FDGB von Anfang an nicht mehr als ein Unterdrückungsinstrument der SED war, noch daß der FDGB eine Organisation der herrschenden Klasse im Arbeiter- und Bauernstaat war. Die erste in der westdeutschen Tradition stehende Ansicht stellt gar nicht erst in Frage, welche sozialen Gruppen vertreten bzw. beherrscht wurden, und kann damit nichts zur Beleuchtung unseres Untersuchungsgegenstandes beitragen. Die zweite traditionell ostdeutsche Vorstellung orientiert sich an einer sozialistischen Gewerkschaftstheorie (als Zusammenfassung s. Gill, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 23-48). Beiden Positionen gemein ist das Fehlen empirischer Forschung zur tatsächlichen Praxis des FDGB.

spielräume könnten als dermaßen eng erachtet werden, daß nur eine bestimmte Anzahl von Verhaltensmöglichkeiten denkbar war. Dies ist aber hochgradig unplausibel, läßt sich doch trotz aller Durchherrschungsversuche immer wieder ungeplantes Handeln entdecken - erinnert sei nur an die Betriebsrätebewegung oder an die Brigaden. Als zweite Möglichkeit ließe sich untersuchen, ob die konkret feststellbaren politischen Verhaltensweisen direkt an den sozialen Ungleichheitsmustern der Nachkriegsgesellschaft festzumachen sind. Auch eine solche Herleitung ist jedoch hochgradig unplausibel, da es sich auf der einen Seite um relativ feste Bedürfnisstrukturen handelt, auf der anderen Seite aber die sozialen Strukturen einem rapiden Wandel unterzogen waren.<sup>34</sup> Es gilt also, ein Konzept zu finden, daß die Bedürfnisstrukturen der Nachkriegszeit erklären kann, ohne auf eine politikgeschichtliche Reduktion zu verfallen beziehungsweise eine naive Herleitung von politischem Verhalten aus der sozialen Lage zu versuchen.<sup>35</sup>

Hier bieten sich Bourdieus Vorstellungen von Sozialisation an, wie sie sich vor allem in dem Kernbegriff *Habitus*<sup>36</sup> wiederfinden. Diversität erklärt sich bei Bourdieu nicht nur aus der aktuellen sozialen Lage, sondern auch aus der spezifischen Sozialisation empirisch feststellbarer sozialer Gruppierungen. Das Phänomen der konkreten Bedürfnisstrukturen erschließt sich meines Erachtens nur, wenn wir mit Bourdieu von der Existenz relativ stabiler Verhaltensmuster ausgehen, von inkorporierten Erfahrungen aus der Vergangenheit, die sich jeweils aktuell in Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen. Die Vorstellung inkorpo-

---

<sup>34</sup> Ohnehin gilt, daß jener „oftmals anzutreffende Determinismus, wonach sich das politische Wollen der Arbeiter knapp und bündig aus ihren sozialen Verhältnissen, und zwar vornehmlich aus Ausbeutung und Unterprivilegierung erkläre“, „schon in den Interpretationen der Jahrzehnte bis 1914 nicht sonderlich weit“ trägt; „für die Jahrzehnte nach 1918 und insbesondere in der Sozialgeschichte Nachkriegsdeutschlands ist er völlig fehl am Platze“ (Klaus Tenfelde, Vorwort, in: ders. (Hg), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 9-14, S. 11).

<sup>35</sup> Der Begriff „feste Bedürfnisstrukturen“ ist relativ zu sehen. Selbstverständlich sind die hier angesprochenen Strukturen prozeßartigen Veränderungen unterworfen, die aufgrund der radikalen politischen Veränderungen dieser Zeit periodisiert werden müssen. Für eine Gewerkschaftsgeschichtsschreibung bietet sich eine Periodisierung durch folgende Wendepunkte an: 1947/48 als Zeitpunkt, an dem eine verstärkte Zentralisierung und z.T. auch erfolgreiche Homogenisierung der Gewerkschaften stattfindet, 1953 als dauerhafte Entmutigung offenen Widerstandes von seiten der Arbeiter und 1961 als Ende der Möglichkeit indirekten Protests durch das Verlassen des Landes. Alle drei Wendepunkte werden durch politische Entscheidungen markiert, die aber nicht zuletzt auf soziale Problemlagen zu antworten versuchen. In allen drei Fällen lassen sich zudem - so lautet die These hier - nur allmähliche und nie vollständige Veränderungen in den Bedürfnisstrukturen, Ansichten und Verhaltensweisen der Menschen feststellen - aus diesem Grund erscheint die Rede von Strukturen berechtigt.

<sup>36</sup> Die klassische Definition des *Habitus* lautet: „Die Konditionierungen, die mit einer bestimmten Klasse von Existenzbedingungen verknüpft sind, erzeugen die *Habitusformen* als Systeme dauerhafter und übertragbarer *Dispositionen*, als strukturierte Strukturen, die wie geschaffen sind, als strukturierende Strukturen zu fungieren, d.h. als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlagen für Praktiken und Vorstellungen, die objektiv an ihr Ziel angepaßt sein können, ohne jedoch bewußtes Anstreben von Zwecken und ausdrückliche Beherrschung der zu deren Erreichung erforderlichen Operationen vorauszusetzen, die objektiv ‘geregelt’ und ‘regelmäßig’ sind, ohne irgendwie das Ergebnis der Einhaltung von Regeln zu sein, und genau deswegen kollektiv aufeinander abgestimmt sind, ohne aus dem ordnenden Handeln eines Dirigenten hervorgegangen zu sein“. Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt/M. 1987, S.98f. (Hervorhebungen im Original).

rierter Verhaltensmuster ermöglicht damit einen überzeugenden Zugang zum Zusammenhang von sozialer Lage und politischem Verhalten. Sie ist aus mehreren zusammenhängenden Gründen besonders geeignet für eine sozialgeschichtliche Untersuchung der Gewerkschaften in der Umbruchgesellschaft der SBZ/DDR. So basiert Bourdieus Ansatz nicht notwendigerweise auf einem Klassenkonzept. Auf der Mikroebene kommt er ohne die Vorstellung relativ homogener Großgruppen aus und eignet sich damit für die Untersuchung einer Gesellschaft, in der eben diese Gruppen in der Auflösung begriffen waren. Auch kann er neben intentionalem, bewußt aus der eigenen sozialen Lage abgeleiteten Handeln - das in der Nachkriegszeit eine große Ausnahme dargestellt haben dürfte - unbewußtes Verhalten erfassen und erklären. Die Gründe für Handeln sind nach Bourdieu in der Regel unbewußt, was für ihn geschichtlich gewachsen, aber vergessen heißt.<sup>37</sup> Auf diese Weise lassen sich ganz unterschiedliche - auch scheinbar irrationale, der konkreten sozialen und politischen Situation nicht angemessene - Verhaltensweisen der Arbeiter berücksichtigen, ohne einige davon als Ausdruck eines „falschen Bewußtseins“ oder „Zurückgebliebenseins“ abwerten zu müssen. Es wird zu zeigen sein, daß Bedürfnisse oft nur deshalb irrational wirken, weil sie weniger der faktisch gegebenen Situation angepaßt sind als den verinnerlichten, also ansozialisierten Verhaltensmustern.

Bourdieu's Konzept ist also offen genug, um Diversität in einer Umbruchgesellschaft zu erfassen, die sich zeitlich zwischen zwei unterschiedlichen Klassengesellschaften befindet. Darüber hinaus nimmt es politische Brüche überdauernde Kontinuitäten ernst: es eröffnet den Zugang zu sozial geprägten mentalen Kontinuitäten.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 105.

<sup>38</sup> Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, Bourdieus Vorstellungen in ihrer Gesamtheit auf die Situation in der SBZ/DDR zu übertragen. So stellt sich im Kontext einer Geschichte der Nachkriegszeit besonders scharf die Frage, inwiefern sich krisenhaft bedingte Umbrüche in der Gesellschaftsstruktur in Bourdieus Habituskonzept integrieren lassen. Bourdieu selbst hat sich bisher kaum für scharfe Brüche interessiert; auch da, wo er nicht Kontinuität, sondern Wandel erfaßt, handelt es sich um einen langsamen, systembedingten und letztlich systemstabilisierenden Wandel. S. beispielsweise Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 1992, S. 210-276, bes. S. 270-273. Generell ist der Habitus nicht als starre Prägung zu verstehen, sondern ist selbst als „Produkt einer Geschichte“ „in unaufhörlichem Wandel begriffen“; zu den frühen Prägungen kommen trotz der Tendenz des Habitus, sich ein stabiles „Milieu“ zu schaffen, ständig modifizierende Erfahrungen hinzu (Markus Schwingel, Bourdieu zur Einführung, Hamburg 1995, S. 60). Bourdieu schließt darüber hinaus nicht aus, daß in Krisensituationen, das heißt, bei rascher Veränderung der Strukturen, die ursprünglich den Habitus strukturierten, der Habitus, der diese nicht mehr aktuellen Strukturen inkorporiert hat und nur auf diese eingerichtet ist, systematisch in seinen Wahrnehmungs-, Denk-, und Handlungsschemata in Frage gestellt wird und scheitert. Als Bandbreite möglicher Folgen eines solchen Auseinanderklaffens von Dispositionen und Bedingungen sieht Bourdieu Nichtanpassung oder Anpassung, Auflehnung oder Resignation (Bourdieu, Sozialer Sinn, S. 116f.). Zwei Fragen sind also entscheidend und müssen bei der Anwendung von Bourdieus Konzept immer wieder prüfend in Erwägung gezogen werden: Konnten sich während der vielen aufeinanderfolgenden Krisen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überhaupt stabile Dispositionen ausbilden, und wie stark konnte der Habitus einer Person in der Umbruchgesellschaft der Nachkriegszeit zur Geltung kommen?

Neben der Erfassung mentaler Kontinuitäten lassen sich ebenfalls die für eine Gewerkschaftsgeschichte wichtigsten sozialen Kontinuitäten erfassen, wenn wir als zweiten Aspekt aus Bourdieus Vorstellungswelt die Idee unterschiedlicher Kapitalsorten aufgreifen. Diese Idee erweist sich gerade bei der Betrachtung der unmittelbaren Nachkriegszeit als besonders fruchtbar, in der das von der Sozialgeschichte traditionell am stärksten beachtete ökonomische Kapital kurzfristig nur wenig, soziales und kulturelles Kapital aber um so mehr wert war.<sup>39</sup>

Eine sozialgeschichtlich orientierte Gewerkschaftsgeschichtsschreibung eröffnet mit den hier beschriebenen Fragestellungen einen neuen Erkenntnisbereich. Sie steht im Gegensatz zu der bisher überwiegend betriebenen politikgeschichtlich orientierten Organisationsgeschichtsschreibung, die zumindest implizit von der Idee ausging, daß vor allem bewußte und rational begründbare Strategien und politische Meinungen zu untersuchen seien, die sich unvermittelt auf explizite Interessensgegensätze zurückführen lassen. Dagegen läßt sich hier mit Bourdieu davon ausgehen, daß der Habitus die Verteilung der politischen Meinungen strukturiert, die von ihm als „ausdrückliche Stellungnahmen zur sozialen Welt“<sup>40</sup> begriffen werden, in die nicht nur die „explizite und systematische Vorstellung“, die man sich von der sozialen Welt macht, eingeht, sondern ebenso die Sicht der eigenen Stellung, und zwar sowohl der faktischen als auch der erstrebten oder angemäßen.<sup>41</sup> Relevante Faktoren, die untersucht werden müssen, um Rückschlüsse auf das Meinungsprofil ziehen zu können, sind die soziale Herkunft, verbunden mit ihren spezifischen sozialen Konditionierungen und Lernprozessen, der Neigungswinkel der Laufbahn, die Zeiteinstellung, also Zukunfts- versus Vergangenheitsorientierung, und das spezifische Verhältnis zur sozialen Welt, das sich grob in Optimismus oder Pessimismus ausdrücken läßt und das sich nicht nur auf den Habitus, sondern auch auf die aktuelle Situation wie zum Beispiel die Sicherheit oder Unsicherheit der Lebenssituation oder die Arbeitsbedingungen zurückführen läßt.<sup>42</sup> Zur konkreten Situation gehört darüber hinaus

---

<sup>39</sup> Für eine knappe Definition der unterschiedlichen Kapitalsorten s. Ders., *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 183-198. Zu beachten ist, daß sich Bourdieus Thesen zu den spezifischen Wirkungen der einzelnen Kapitalsorten und zu ihrer freien Konvertierbarkeit in erster Linie an den Bedingungen einer Marktgesellschaft beziehungsweise einer „archaischen Wirtschaftsform“ orientieren (Bourdieu, *Sozialer Sinn*, S. 205-221). Für eine sozialistische Gesellschaft müssen typische Kapitalstrukturen und -transformationen noch erarbeitet werden. So bleibt zu prüfen, zu welchen Umwertungen der einzelnen Kapitalsorten es in der Umbruchgesellschaft der Nachkriegszeit bzw. der sozialistischen Planwirtschaft kam und inwiefern ihre jeweilige Konvertierbarkeit eingeschränkt wurde. So dürfte beispielsweise die Übertragung von kulturellem Kapital durch die Familie durch die weitestgehend vom Staat übernommene Erziehung sowie durch die sich an politischen Kriterien orientierende Verteilung von Zugangschancen zu den verschiedenen Bildungsgängen weitgehend eingeschränkt worden sein - zumindest vor der Herausbildung der staatssozialistischen Klassengesellschaft. Gleichzeitig dürfte soziales Kapital enorm an Bedeutung gewonnen haben, da sich oft nur mit Hilfe der persönlichen Beziehungen die Leistungslücken der Mangelwirtschaft ausgleichen ließen.

<sup>40</sup> Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, S. 689.

<sup>41</sup> *Ibid.*, S. 710.

<sup>42</sup> *Ibid.*, S. 689, 710f., 717f.

der aktuelle Wert des jeweiligen Kapitalbesitzes. Auf diese Weise läßt sich am überzeugendsten zwischen politischer und sozialer Welt vermitteln.<sup>43</sup>

*Ein Vorschlag für eine Binnendifferenzierung der Arbeiter in der SBZ und frühen DDR*

Welche Gruppierungen ein ähnliches Verhalten an den Tag legten, das sich auf einen gemeinsamen Sozialisationshintergrund zurückführen läßt, kann nicht a priori festgelegt werden. Aus illustrativen Gründen wird hier dennoch ein erster Vorschlag unterbreitet, der seinen Wert noch in der Empirie erweisen muß. 1945 setzte sich die Arbeiterschaft gerade in den Branchen Bergbau und Chemie zunächst neu zusammen. Deshalb erscheint es angemessen, als erstes zwischen Stammebelegschaft und Neubeschäftigten zu unterscheiden. Unter letzteren finden sich zunächst die Flüchtlinge und Vertriebenen. Diese lebten zumeist in separaten Siedlungen für Heimatvertriebene, arbeiteten in wenigen Betrieben konzentriert und waren damit von der alteingesessenen Bevölkerung isoliert. Eine ganze Reihe von ihnen identifizierten sich nicht mit ihrer neuen Rolle und waren von dem Wunsch beherrscht, zurückzukehren.<sup>44</sup> Zweitens handelte es sich um die degradierten Nationalsozialisten. In der Regel waren sie als Beamte, Angestellte oder aus der freien Wirtschaft abgestiegen und wurden jetzt mehrheitlich zu körperlicher Arbeit herangezogen. Hier war wiederum der Bergbau geeignet, der zum einen nach der Heimkehr der ausländischen Zwangsarbeiter einen akuten Arbeitskräftebedarf hatte, auf der anderen Seite aufgrund der Härte der Arbeit den entsprechenden Strafcharakter versprach. Die meisten dieser Gruppe fingen als Hilfsarbeiter an. Vielen gelang es aber bereits nach kurzer Zeit, als „Spezialisten“ in alte Positionen zurückzukehren. Nationalsozialisten sowie Flüchtlingen und Vertriebenen war gemeinsam, daß sie sich in der Regel nicht mit ihrer Umgebung identifizierten und so vermutlich nach der Zeit des Nationalsozialismus zu einer weiteren Schwächung von Solidaritätsstrukturen im Betrieb beitrugen. Ihre durch das Zusammenspiel von ihrem Habitus und ihrer neuen sozialen Situation vermittelten Strategien waren jedoch unterschiedlich. Während die zwangsversetzten Nationalsozialisten in der Regel versuchten, sich durch harte Arbeit zu „bewähren“ und somit gesellschaftlich wieder aufzusteigen, zeichneten sich die anderen Neubeschäftigten zunächst durch häufigen Arbeitsplatzwechsel und geringe Arbeitsdisziplin aus.<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> Es geht hier nur um die politischen Vorstellungen und Verhaltensweisen auf der Betriebs- oder auch Kreiszebene. Die Politik der Besatzungsmacht oder die der KPD/SED, soweit sie von der SMAD abhängig war, wird auf diese Weise nicht erfaßt; die Auswirkungen ihres Handelns haben aber aufgrund von Fragestellung und eingenommenem Blickwinkel nur den Charakter gegebener Rahmenbedingungen - sie selbst sind im Rahmen des hier vorgeschlagenen Ansatzes nicht erklärungsbedürftig.

<sup>44</sup> Suckut, Betriebsrätebewegung, S. 51f.

<sup>45</sup> Ibid., S. 53-58. Stützner gibt für den Steinkohlenbergbau an, daß 1947 von insgesamt 6089 neu angelegten, beruhsfremden Arbeitskräften 3749 den Bergbau noch in demselben Jahr wieder verlassen hätten, darunter 2557 Untertagearbeiter (Heinz Stützner, Die Entwicklung der Arbeiter als Hauptproduktivkraft in der Kohlenindustrie der sowjetischen Besatzungszone und der DDR in den Jahren von 1945 bis 1962, Habil. Dresden 1972, S. 80). Generell hätten sich die neu zugewiesenen Arbeitskräfte nicht nur durch hohe

Die „Stammebelegschaft“ ist nach ihrem Alter zu unterteilen.<sup>46</sup> Eine vermutlich nicht unbedeutende Gruppe der Älteren war vermutlich nachhaltig enttäuscht nach der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933.<sup>47</sup> Tiefe Risse im Arbeitermilieu mögen zu einer verstärkten Individualisierung geführt haben; auch war ein starkes Mißtrauen gegen die im Nationalsozialismus sozialisierten Jugendlichen in dieser Gruppe weit verbreitet. Vor allem aber unterschieden sich die Älteren von den Jüngeren darin, daß ihre Primärerfahrungen bezüglich Betrieb und Politik von der Arbeiterbewegung geprägt worden waren. Die Jüngeren, gemeint sind alle Jahrgänge nach 1920, kannten die alten Solidarorgane der Arbeiterbewegung bestenfalls vom Hörensagen. Sozialisiert in HJ oder BDM und vielfach mit ebenfalls milieübergreifender Fronterfahrung, unterschied sich ihre Erfahrungswelt stark von der ihrer Eltern. Viele hatten zunächst eine höhere Schule besuchen können, mußten aber in den Kriegswirren ihre Ausbildung wieder abbrechen. Das Phänomen der Individualisierung war hier zumeist noch stärker ausgeprägt als bei der älteren Generation. Die meisten fühlten sich nach dem Krieg zunächst betrogen und engagierten sich erst einmal nicht politisch - nur die ganz Jungen suchten sich schnell wieder Sinnorientierung auf einem neuen Betätigungsfeld.<sup>48</sup>

Diese Einteilung in vier Gruppen, nämlich Flüchtlinge und Vertriebene, strafversetzte Nationalsozialisten, alte und junge Arbeitergeneration, bedarf noch sowohl der Überprüfung als auch der weiteren Differenzierung.<sup>49</sup>

---

Fluktuation, sondern auch durch eine geringe Arbeitsleistung ausgezeichnet (ibid., S. 60f.). Eine Differenzierung von zwangsversetzten Nationalsozialisten sowie Flüchtlingen und Vertriebenen in bezug auf Fluktuation und Arbeitsleistung ist noch zu leisten.

<sup>46</sup> Generationen im Gegensatz zu bloß willkürlich festgelegten Altersgruppen entstehen nach Bourdieu nur, wenn sich die Generierungsmodi des entsprechenden Feldes so deutlich verändern, daß neue, wiederum gleichförmige Biographien entstehen können (Bourdieu, Die feinen Unterschiede, S. 712).

<sup>47</sup> Zumindest die kampflöse Kapitulation der Gewerkschaften und die demütigenden Versuche, die Organisation um jeden Preis zu erhalten - erinnert sei nur an den 1. Mai 1933 -, hatten die Arbeiterbewegung mit einer schweren Hypothek belastet; die Mehrheit der hier engagierten Arbeiter hatte das Vertrauen zu den alten Führungen weitgehend verloren (So jedenfalls Willy Buschak, „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den NS, Hamburg 1993, S. 47).

<sup>48</sup> Plato, Alexander von, „Was wäre ohne uns?“ Betriebsräte nach 1945, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 36 (1985), S. 221-232, S. 225-228. Der Versuch, den verschiedenen Generationen spezifische Charakteristika zuzuordnen, ist selbstverständlich nicht neu. So unterscheidet Niethammer einzelne Altersgruppen, beschränkt sich allerdings auf die Elite. Er beschreibt die jüngere HJ-Generation als eine Gruppe, die ihre Enttäuschung von 1945 letztlich doch noch in einen Sieg zu verwandeln suchte und die um 1961 herum auch tatsächlich in den Führungsetagen anlangte. Als relativ homogene Generation teilte sie nicht nur ihre staatsgebundene Aufstiegserfahrung, sondern auch ihren exekutiven Aktionismus. An der Spitze des Herrschaftsapparates befanden sich bis zum Schluß die alten Kommunisten, die in der Weimarer Republik ihre Vorstellungswelt ausgebildet sowie die Stalinisierung mitvollzogen hatten und deren Verhaltensprägung sich während der Verfolgung und Emigration verhärtet und moralisch aufgeladen hatte (Niethammer, Erfahrungen und Strukturen, S. 104-108).

<sup>49</sup> Nicht jeder in der transitorischen Phase der SBZ empirisch feststellbaren Gruppierung mit gemeinsamem Sozialisationshintergrund soll hier ein langfristig stabiler Habitus unterstellt werden. So gibt es unter den hier vorgeschlagenen Gruppen solche, die aufgrund prägender generationenspezifischer Erfahrungen vermutlich langfristig stabil blieben; andere hingegen, wie z.B. die Flüchtlinge und Vertriebenen oder die strafversetzten Nationalsozialisten, entstanden als Gruppierungen von Menschen mit vergleichbaren Bedürfnisstrukturen nur aufgrund der politischen Ereignisse von 1945 und integrierten sich vermutlich seit Beginn der 50er Jahre

Neben der Binnendifferenzierung der in Arbeiterberufen Beschäftigten in der Frühzeit der DDR lassen sich auch die Aktiven der Arbeiterbewegung in verschiedene Gruppen aufteilen. Der von der Forschung derzeit am stärksten betonte Gegensatz zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten muß dabei keinesfalls die wichtigste Unterscheidung gewesen sein; zentral erscheinen auch die spezifischen Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Die organisierte Elite, die zum Teil in der Emigration oder im Konzentrationslager überlebt hatte, hatte an den Erfahrungen der Bevölkerungsmehrheit in den vorangegangenen zwölf Jahren nicht teilnehmen können und stand nun der Lage mit einem abstrakten Problembewußtsein gegenüber. Darüberhinaus gab es große Unterschiede in der ideologischen Orientierung zwischen den in Deutschland Gebliebenen und speziell den Moskauer Exilanten.<sup>50</sup> Ihnen stand eine breite Schicht lokaler Kader gegenüber, die zwar zunächst engagiert die Initiative ergriffen, aber mehrheitlich über keine längerfristige Zukunftsplanung verfügten.<sup>51</sup> Die politischen Akteure der ersten Jahre waren umgeben von Menschen, die sich durch eine deutliche Tendenz zu passivem Abwarten und Selbstmitleid ohne Schuldbewußtsein auszeichnete.<sup>52</sup>

- 
- wiederum in neue, für die DDR-Gesellschaft typische soziale Gruppen. Zu betonen ist, daß der hier verfolgte Ansatz Bourdieus Sozialisationsvorstellungen lediglich als Anregung verwendet, keinesfalls aber das gesamte Konzept übernimmt. Die in Arbeiterberufen der Nachkriegszeit Beschäftigten werden hier nur nach ihren für ihre politische Einstellung relevanten Bedürfnisstrukturen eingeteilt - damit wird aber nicht die Existenz sozialer Gruppierungen, die sich etwa in Distinktionskämpfen voneinander absetzen, behauptet. Das Wort „Gruppe“ wird hier durchweg nicht im soziologischen Sinne einer festen Gruppe mit gemeinsamen Zielen und Zusammengehörigkeitsgefühl gebraucht, sondern soll einzig und allein jeweils eine Menge von Menschen bezeichnen, die ähnliche Bedürfnisse und Verhaltensweisen aufwiesen.
- <sup>50</sup> Die KPD im Moskauer Exil hatte entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 ihre Position gründlich geändert. Statt die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten zu diffamieren, wurde die grundsätzliche Bereitschaft, in einer „Einheitsfront“ zusammenzuarbeiten, erklärt. Nahziel wurde die Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Republik, von deren Boden aus erst die gewünschte Revolution vorzubereiten sei (Eine Zusammenfassung der KPD-Positionen von 1935 bis 1945 findet sich in Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 2. Aufl., München 1987, S. 63-75). Diese ideologische Neuorientierung war während des Nationalsozialismus in Deutschland allerdings kaum bekannt geworden und auch unmittelbar nach dem Krieg zunächst nicht veröffentlicht worden. So blieb vielerorts die alte Parteilinie die tatsächliche Arbeitsgrundlage (Suckut, Die Betriebsrätebewegung, S. 174f.).
- <sup>51</sup> Lutz Niethammer, Rekonstruktion und Desintegration. Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland, Göttingen 1979, S. 35. Welche Unterscheidungsmerkmale die größte Auswirkung hatten und inwieweit es sinnvoll ist, auch die Aktiven der Arbeiterbewegung in Gruppen mit einem jeweils spezifischen Habitus einzuteilen, kann erst aufgrund der noch zu leistenden empirischen Arbeit entschieden werden.
- <sup>52</sup> So gab ein Engländer noch im Frühjahr 1947 das allgemeine Stimmungsbild, wie folgt, wieder: „Unterhält man sich mit einem bewährten Antifaschisten, der beauftragt ist, irgendeine soziale oder wirtschaftliche Reform durchzuführen, so wird er einen fast davon überzeugen, daß das neue Deutschland schon geboren wurde. Wenn man sich dagegen eine Stunde lang die Unterhaltung in einem Friseurgeschäft anhört, kommt man schließlich zu der Überzeugung, daß diese Menschen hoffnungslos verloren sind“ (Gordon Schaffer, Ein Engländer bereist die russische Zone, Berlin 1948, S. 11).

*„Aus eigener Kraft zum besseren Leben“? Zwei Beispiele*

Die hier beschriebenen Gruppierungen, die sich grob über jeweils ähnliche Sozialisationserfahrungen definieren lassen, stellen selbstverständlich erst eine erste Idee dar. Eine empirische Erarbeitung steht noch aus. Eine solche könnte folgendermaßen vorgehen: Mit Hilfe von Betriebsfallstudien werden Gruppen aufgrund ihres Verhaltens in bezug auf unterschiedliche Interessenvertretungsangebote unterschieden; in einem zweiten Schritt wird überprüft, inwiefern gleiche Reaktionen auf eine spezifische Situation auf jeweils ähnliche prägende Sozialisationserfahrungen zurückzuführen sind.<sup>53</sup> Dieses Vorgehen ist deshalb sinnvoll, da der Habitus selbst als „black box“ verstanden werden muß, auf den also nur zurückgeschlossen werden kann, wenn sich die Kongruenz relativ stabiler Verhaltensmuster zu jeweils spezifischen Sozialisationsbedingungen erweist.

Im folgenden werden für den Zusammenhang von gemeinsamem Sozialisationshintergrund und dem Verfügen über eine ähnlich strukturierte Kapitalmenge einerseits und einem spezifischen Verhalten in der Nachkriegszeit andererseits zwei Beispiele vorgestellt, die - bei weitgehend hypothetischem Charakter - die theoretischen Ausführungen konkret illustrieren sollen. Als erstes Beispiel bietet sich die Betriebsrätebewegung der SBZ an; sie steht für ein Interessenvertretungsangebot, das in den ersten zwei bis drei Jahren der SBZ dominant war: Die Betriebsrätebewegung entstand auf lokaler Ebene, nahm eine ältere Tradition auf, blieb vergleichsweise unkoordiniert und wurde in erster Linie von den älteren Arbeitern getragen. Das zweite Beispiel beleuchtet die Aktivistenbewegung. Dieses Angebot an Interessenvertretung markiert die politische Wende der Jahre 1947/48; es wurde im Rahmen des allgemeinen Sowjetisierungsprozesses vom Bundesvorstand angeordnet und kontrolliert und traf in erster Linie die Interessen jüngerer Arbeiter.

---

<sup>53</sup> So sehr meines Erachtens die Reduzierung der auf die Arbeiterschaft einwirkenden Strukturen auf die Bedingungen im Betrieb abzulehnen ist, so ist im konkreten Fall der DDR-Historiographie noch zu prüfen, inwiefern hier speziell ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Handlungsfeld Betrieb zu rechtfertigen ist. So läßt sich die DDR schließlich mit Recht als Arbeitsgesellschaft bezeichnen. Dafür spricht die überaus hohe Erwerbsquote, der hohe Stellenwert von Arbeit in der Ideologie, der sich sowohl im Recht auf, wie auch in der Pflicht zur Arbeit ausdrückte, und die betriebsinterne Sozialpolitik. Große Bereiche, die in westlichen Gesellschaften außerhalb des Betriebes angesiedelt sind, wurden vom Betrieb übernommen: Kindererziehung, Freizeitgestaltung oder der Aufbau informeller Tauschbeziehungen fanden hier statt. Auch scheint der Arbeitsplatz der Ort größter individueller Differenzierung gewesen zu sein angesichts der Tatsache, daß die Konsumtions- und Freizeitsphäre nur geringe Möglichkeiten zur Pluralisierung von Lebensstilen bot (vgl. Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft, S. 38-45). Weiter läßt sich die Konzentration auf die Sphäre des Betriebes im Falle der DDR mit dem Schwerpunkt des Untersuchungsinteresses rechtfertigen: bei einer Gewerkschaftsgeschichtsschreibung muß es vor allem um die Dispositionen gehen, die das Verhalten im Betrieb und in bezug auf eine Organisationsbildung vorstrukturieren; es läßt sich vermuten, daß ein bedeutender Teil dieser spezifischen Prägnungen eben von den erstmals erfahrenen Strukturen in Betrieb und Politik verursacht wurden. Mit diesen Überlegungen soll und darf aber nicht einem vollständigen Verzicht auf eine Untersuchung der außerbetrieblichen Sphäre das Wort geredet werden.

Siegfried Suckut hat gezeigt, daß die Betriebsrätebewegung überwiegend aus älteren Facharbeitern bestand, die häufig während des Krieges in ihren Betrieben belassen worden waren. Viele von ihnen waren vor 1933 als Gewerkschafter oder Betriebsräte aktiv gewesen, hatten zu Beginn des Nationalsozialismus Maßregelungen über sich ergehen lassen müssen und vielfach versucht, zumindest im kleinen Bekanntenkreis miteinander Kontakt zu halten.<sup>54</sup> Tatsächlich verfügte gerade diese Gruppe 1945 für das von ihnen wahrgenommene Tätigkeitsfeld und damit für ihre Version von Interessenvertretung über das notwendige kulturelle und soziale Kapital. Als erfahrene Facharbeiter hatten sie am ehesten die Qualifikation, Produktionsanlagen wieder funktionsfähig zu machen.<sup>55</sup> Auch die Art und Menge des sozialen Kapitals zeichneten diese Gruppe zunächst aus und verschafften ihr einen Vorsprung vor den Interessenvertretungsansprüchen des FDGB. Ihr auf Prestige beruhendes soziales Kapital zeigte sich zum Beispiel, wenn es ihnen gelang, die Belegschaften davon zu überzeugen, private Anleihen zugunsten des Betriebes aus ihren persönlichen Ersparnissen zu geben oder zumindest auf einen Lohn zu verzichten.<sup>56</sup>

---

<sup>54</sup> Suckut, Betriebsrätebewegung, S. 119-121; vgl. a. Werner Heyne, Der Kampf der Bergarbeiter des Borna-Altenburger Braunkohlenreviers für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung von 1945-1949, Diss. Leipzig 1966, S. 32; für die Westzonen ganz ähnlich Günter Braun, Aufbau und Entwicklung der IG Chemie-Papier-Keramik. Ein Beitrag zur Reorganisation der deutschen Gewerkschaften 1945 bis 1950, Mannheim 1991, S. 86f.

<sup>55</sup> Innerhalb der Betriebe mußte Maschinenarbeit vielfach durch Handarbeit ersetzt werden. Bürokratische Leitungs- und Verwaltungstätigkeit mußte hingegen in der unmittelbaren Nachkriegszeit selbst von den Betriebsräten, die die Betriebsleitung übernommen hatten, kaum geleistet werden - schließlich ließen sich reguläre Geschäftsbeziehungen zunächst noch nicht wieder herstellen (Suckut, Betriebsrätebewegung, S. 104f., 96-99). Erst als sich das Aufgabenfeld dieser in der Betriebsrätebewegung engagierten Gruppe aufgrund zunehmender Institutionalisierung veränderte, wurde ihr spezifisches kulturelles Kapital in seiner Bedeutung wieder abgewertet. Jetzt waren auch erfahrene Betriebsräte aufgrund der sich rasch ändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation auf eine Schulung angewiesen. Das Monopol über die Herausgabe von Schulungsmaterial und die Organisation eines Kurssystems lag aber in der Hand des FDGB, dessen spezifisches kulturelles Kapital damit enorm aufgewertet wurde.

<sup>56</sup> Weiter zeigte sich die Qualität des sozialen Kapitals der Betriebsräte, als sie nach dem weitgehenden Zusammenbruch von Verkehrs- und Fernmeldewesen sowie des Handels durch persönliche Kontaktaufnahme Außenbeziehungen herzustellen hatten: Direkttauschverfahren und Dreiecksgeschäfte dienten als Ersatz (Suckut, Betriebsrätebewegung, S. 198). Da die Betriebsräte als die Organisatoren von Kompensations- und Schwarzmarktgeschäften in der Anfangszeit vermutlich einen stärkeren Einfluß auf Tempo sowie Art und Weise des wirtschaftlichen Wiederaufbaus hatten als etwa der FDGB oder die ersten Planungskommissionen, müssen ihre Einflußmöglichkeiten in dieser Zeit als hoch eingeschätzt werden. Das vorhandene soziale Kapital konnte hier also zunächst erfolgreich in Macht umgesetzt werden. Auch hier gilt aber, daß, als die Produktionsplanung 1948 aufgrund eines Vereinheitlichungs- und Zentralisierungsschubes effektiver geworden war, sich die institutionelle Überlegenheit des FDGB gegenüber den Betriebsräten zeigte. Gleichzeitig hatte sich das soziale Kapital der Betriebsräte, das in Gestalt eines Vertrauensvorschlusses durch die Belegschaften daherkam, allmählich verbraucht und zwar durch die heiklen Verteilungsentscheidungen, die die Betriebsräte tagtäglich zu treffen hatten und die in der Mangelsituation der Nachkriegszeit zwangsläufig immer wieder zu Unzufriedenheit und Mißtrauen führten. Die Abwertung ihres spezifischen Kapitals erklärt viel besser, warum die Betriebsräte 1948 ohne großen Widerstand aufgelöst werden konnten, als der monokausale Hinweis auf eine Angst der Belegschaften vor der Besatzungsmacht, die hier nur eine sekundäre Rolle gespielt haben dürfte.

Die Entscheidung, sich für einen Betrieb einzusetzen, läßt sich weniger durch einen Verweis auf ein rationales Kalkül als durch einen spezifischen Habitus erklären. Gegen ein Engagement in einem Betrieb sprachen nämlich durchaus massive Gründe des Eigeninteresses. Wer auf einen individuellen Überlebenskampf setzte und über die entsprechenden materiellen Voraussetzungen verfügte, für den war es am geschicktesten, nur formal ein Dienstleistungsverhältnis einzugehen. So bekam er eine Lebensmittelkarte zugeteilt, konnte sich aber faktisch schwerpunktmäßig auf dem Schwarzmarkt oder im eigenen Garten beschäftigen. Übermäßiges Engagement im Betrieb bedeutete zunächst einmal einen fortschreitenden körperlichen Substanzverlust und eine Beeinträchtigung der Gesundheit ohne persönlichen Gewinn.<sup>57</sup>

Mit dem Ansatz des Habituskonzepts lassen sich nicht zuletzt einige traditionelle unplausible Interpretationen der frühen Betriebsrätebewegung vermeiden. So wurde beispielsweise vor allem von der älteren westdeutschen Forschung die „Spontaneität“ dieser Ausschüsse hervorgehoben.<sup>58</sup> Dieser Begriff erscheint angemessen, wenn ausgedrückt werden soll, daß es sich jeweils um eine lokale Eigeninitiative ohne formale demokratische Legitimation handelte, die nicht von außen angeregt oder gesteuert wurde. Irreführen kann dieser Begriff aber, wenn er im Sinne von zufällig, nicht erklärbar oder ohne historische Wurzeln verstanden wird. In einzelnen Fallstudien hat sich herausgestellt, daß die Gruppen, die sich im Frühjahr 1945 konstituierten, bereits eine gemeinsame Vergangenheit hatten. Ebenso ist anstelle eines simplen Voluntarismus von einem gemeinsamen Habitus der beschriebenen Gruppe auszugehen, der ihr Verhalten 1945 strukturierte.

In der DDR-Geschichtsschreibung wurde vor allem der Aspekt der Selbstlosigkeit gerne betont.<sup>59</sup> Er wurde als Indiz für ein fortgeschrittenes Bewußtsein bestimmter Teile der Arbeiterklasse interpretiert und konnte so in einen logischen Zusammenhang mit der späteren Aktivistebewegung gesetzt werden. Es spricht aber viel dafür, daß weder Trägergruppe noch Betätigung, Zielsetzung oder Motivation dieser beiden Bewegungen vergleichbar waren.

Als zweites Beispiel sei hier die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung als Interessenvertretungsangebot des FDGB erwähnt. Die Initiative, Organisation und Durchführung der Aktivistebewegung war durch den SMAD-Befehl Nr. 234 vom Oktober 1947 in den Verantwortungsbereich der Gewerkschaften gelegt worden. Ziel war, eine Produktionssteigerung durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen; als Aktivist galt, wer den Produktionsplan in außergewöhnlicher Weise übererfüllte - als Belohnung winkte eine Auszeichnung

---

<sup>57</sup> Suckut, Betriebsrätebewegung, S. 114f. Vgl. Braun, Aufbau und Entwicklung, S. 71.

<sup>58</sup> Vgl. z.B. Suckut, Betriebsrätebewegung, S. 121f., 142; ferner Staritz, Die Gründung der DDR, S. 103.

<sup>59</sup> Vgl. beispielsweise Werner Lucas/Harry Witzel, Die Bergarbeiter im Kampf für die sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Die Leistungen der Bergarbeiter unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1965, S. 13-15.

sowie eine unmittelbare Prämierung. Auch wenn vermutlich eine Mehrheit der Arbeiter die Aktivistenbewegung zunächst ablehnte, so beteiligte sich dennoch eine in ihrem Einfluß nicht zu unterschätzende Minderheit aus freien Stücken.<sup>60</sup>

Für eine Teilnahme gab es viele Gründe.<sup>61</sup> Hier sei nur die Gruppe erwähnt, von der beim derzeitigen Forschungsstand vermutet werden kann, sich überdurchschnittlich stark beteiligt zu haben, nämlich die jüngere Generation der Arbeiter. Mit der politischen Wende von 1947/48 wurde die Jugend in der offiziellen Propaganda zum Vorbild für die ältere Arbeiterbewegung erklärt. Zuvor hatte die Forderung nach Umerziehungsmaßnahmen im Vordergrund gestanden für diese im Nationalsozialismus aufgewachsene Generation, jetzt rückten andere Merkmale ins Blickfeld.<sup>62</sup> Da war zum einen die größere Beeinflussbarkeit einer Generation, die die Grundsätze der älteren Arbeiterbewegung nicht verinnerlicht hatte. So wird es ihrem Gerechtigkeitssinn am ehesten entsprochen haben, wenn sich die Lohn- beziehungsweise Prämienhöhe direkt an der individuellen Leistung bemaß, schließlich war sie unter dem Leistungslohnsystem des Nationalsozialismus sozialisiert worden. Ihre Wahrnehmung und ihr Denken waren damit anders strukturiert als bei den älteren Arbeitern, denen der Gedanke „Akkord ist Mord“ eher in Fleisch und Blut übergegangen war. Auch wird der von der nationalsozialistischen „Ehre der Arbeit“-Ideologie geförderte Stolz auf eine „gute deutsche Qualitätsarbeit“ den Habitus der jüngeren Generation weitaus stärker geprägt haben, als dies bei der älteren Generation der Fall war, für die ein solches Gefühl doch eher eine zeitweilige Kom-

---

<sup>60</sup> Insgesamt beurteilt, war die Aktivistenbewegung weder volkswirtschaftlich gesehen, noch als Mobilisierungsinstrument im Rahmen der Erziehungsbemühungen des FDGB, ein Erfolg. Viele Arbeiter lehnten die Aktivisten ab und sahen sie zu Recht als Lohndrücker und Normbrecher an, wie sich im Übergang zum System der Technisch Begründeten Arbeitsnormen (TAN) zeigte (Axel Bust-Bartels, Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben. Leistungsentlohnung, Arbeitsbedingungen, innerbetriebliche Konflikte und technologische Entwicklung, Frankfurt a.M./New York 1980, S. 47; Lucas/Witzel, Die Bergarbeiter, S. 84, 110). Trotz dieses starken Unmutes wäre es jedoch falsch, von einer geschlossenen Abwehrfront gegen die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung auszugehen.

<sup>61</sup> Einige, gerade unter den ersten Akteuren, haben wohl aus politischer Überzeugung, vielleicht sogar aus einem abstrakten Eigentümerinteresse heraus, gehandelt. Für andere Aktivisten kann das Vorschlagswesen der Aktivistenbewegung ein Akt der Selbstbestätigung gewesen sein. In diesem Fall spielte das Fortleben eines älteren Arbeiterstolzes auf „die gute deutsche Wertarbeit“ eine Rolle, der sich schon unter der Diktatur des Nationalsozialismus als Strategie einer positiven Identitätsbewahrung bewährt hatte. Eine dritte Gruppe wurde durch die materiellen Leistungsanreize zu einer Beteiligung verlockt. Viertens konnte sich die Hoffnung auf eine Karriere an ein Engagement als Aktivist knüpfen, die in der hohen Aufstiegsmobilität der ersten Nachkriegsjahre durchaus nicht unbegründet war (Peter Hübner, Umworben und bedrängt. Industriearbeiter in der SBZ, in: Alexander Fischer (Hg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993, S. 195-210, S. 205-209).

<sup>62</sup> So meinte 1948 beispielsweise Max Reitersleben, der erste Vorsitzende der IG Chemie, daß die jungen Arbeiter am wenigsten politisch vorbelastet seien (Bericht über die erweiterte ZV-Sitzung v. 10.-11.11. 1948 im Buna-Werk, S. 24, in: SAPMO, Zentralarchiv des FDGB, IG Chemie Sekretariat, Nr. 8). Vgl. a. die Diskussion über den Umgang mit der Jugend auf der zweiten Zentraldelegiertenkonferenz der IG Bergbau (Protokoll der zweiten Zentraldelegiertenkonferenz der IG Bergbau v. 19.-21.10. 1947 in Zwickau, bes. erster Tag, S. 81, 92f., in: SAPMO, IG Bergbau Sekretariat, Nr. 3). Vgl. ähnlich Benno Sarel, Arbeiter gegen den „Kommunismus“. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR, München 1975, S. 64.

pendation angesichts ihrer politischen Ohnmacht als ein bedeutender Bestandteil ihres Habitus war. Zweitens war für die HJ-Generation die Suche nach einem Identifikationsangebot von besonderer Dringlichkeit. Für sie war das Bedürfnis, die Niederlage von 1945 doch noch in einen Sieg zu verwandeln, am größten, so daß der Slogan „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ geradewegs auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten zu sein scheint. All dies machte die jungen Arbeiter zu einer idealen Zielgruppe für die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung.<sup>63</sup>

Die Teilnahme einer größeren Menge älterer Facharbeiter, die das Gros der Betriebsräte gestellt hatten, ist dagegen eher unplausibel. Betriebsräte- und Aktivistenbewegung unterschieden sich scharf voneinander. Während die erste offenbar aus ihrem in ihrem Habitus verankerten politischen Verantwortungsgefühl oder dem Wunsch nach politischer Selbstbetätigung gehandelt hatte, stand für die zweite höchstwahrscheinlich der materielle Leistungsanreiz im Vordergrund. Die erste Bewegung erbrachte Kollektiv- und Dauerleistungen, die zweite Einzelleistungen, die auf dem Prinzip der Konkurrenz beruhten. Während viele Akteure der Aktivistenbewegung vermutlich von einem Aufstiegswunsch getragen wurden, verstanden sich die Aktivisten der ersten Stunde als Teil der Arbeiterklasse.<sup>64</sup> Auch die Auswahl und besonders die Stilisierung Henneckes durch die SED deutet darauf hin, daß in der Trägergruppe der Betriebsrätebewegung Werbemaßnahmen besonders vonnöten waren - sein Vorbild sollte in erster Linie die älteren Facharbeiter ansprechen.

Henneckes tatsächliche Biographie verweist zugleich auf eine weitere Gruppe, von der mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß sie sich überdurchschnittlich stark an der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung beteiligt hat. Hennecke war als gelernter

---

<sup>63</sup> Einige der hier erwähnten Annahmen werden auch von einer Oral-History-Studie von Alf Lütke bestätigt. Er hat sechs Arbeiter interviewt, die zwischen 1945 und 1950 ins Arbeitsleben eingetreten sind, im Betrieb Karriere gemacht haben und alle in der SED waren sowie heute in der PDS sind. In ihren Erinnerungen spielt der Stolz auf die eigene Arbeit eine große Rolle, der sich ausdrückt in Sätzen wie „Geschafft haben wir es immer“, „Not macht erfinderisch“ oder „Natürlich habe es Prämien gegeben, aber das sei nicht das wirklich Entscheidende gewesen“ (Alf Lütke, „Helden der Arbeit“ - Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble u.a., Sozialgeschichte der DDR, S. 188-213, S. 202f.). Für eine Beurteilung solcher Äußerungen muß natürlich auch die verklärende Seite von Erinnerung mitbedacht werden; so erscheint es plausibel, daß im Rückblick sinnstiftende Momente an Gewicht zunehmen, während in der aktuellen Situation materielle Gesichtspunkte eine größere Rolle spielen. Interessant ist aber, daß alle sechs Befragten sich selbst mit dieser Haltung deutlich von den Generationen vor ihnen, deren abwartende Haltung gegenüber den Normerhöhungen sie bemängeln, als auch den Generationen nach ihnen, deren Disziplinlosigkeit sie beklagen, abgrenzen (ibid.). Alf Lütke versäumt allerdings, diesen Aspekt in seine Interpretation zu integrieren. Während er versucht nachzuweisen, daß die Idee der Qualitätsarbeit für alle Arbeiter in der SBZ/ DDR eine große Rolle gespielt habe, deren Tradition auf die Weimarer Republik zurückzuführen sei (ibid., bes. S. 189f., 201), übersieht er, daß es höchstwahrscheinlich nur eine Generation war, die diesen Gedanken tatsächlich in ihrem Habitus verankerte und deren Handlungen durch ihn strukturiert wurden (ibid., bes. S. 189f., 201; nur an einer Stelle erwähnt Lütke, daß dieses Ideal v.a. bei der Aufbaugeneration stark war (ibid., S.205)).

<sup>64</sup> Suckut, Die Betriebsrätebewegung, S. 510-512. Der unterschiedliche Charakter der Bewegungen wurde auch von den Zeitgenossen selbst hervorgehoben (ibid., S. 512).

Kaufmann in der Weimarer Republik arbeitslos geworden und nach mehreren vergeblichen Versuchen, in seinem alten Beruf wieder Fuß zu fassen, gezwungen gewesen, in den Bergbau zu gehen. Sein Motiv für die Übernahme der Sonderschicht war höchstwahrscheinlich die Hoffnung, wieder als Angestellter arbeiten zu können. Tatsächlich war ihm versprochen worden, 1949 die kaufmännische Leitung eines Schachts übernehmen zu dürfen, die ihm dann aber doch verweigert wurde.<sup>65</sup> Andere Aktivisten hatten jedoch mehr Glück. Viele stiegen zumindest in der betrieblichen Hierarchie auf; vor allem wurden die im Herbst 1949 gegründeten TAN-Büros mit ihnen besetzt.<sup>66</sup> Es spricht einiges dafür, daß das Motiv des gesellschaftlichen Aufstiegs gerade auch für diejenigen besonders stark war, die unter der Erfahrung eines sozialen Abstiegs litten, sich der Arbeiterklasse nicht zurechneten und hofften, ihre alte Position wiederherstellen zu können. Hier sind besonders die degradierten Nationalsozialisten zu erwähnen, ebenso wie ein Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen.<sup>67</sup>

Alle diese Thesen bedürfen noch einer weiteren empirischen Überprüfung. Sollten sich die bisherigen Eindrücke bestätigen, könnte erklärt werden, warum gerade nicht die Aktivisten der ersten Stunde, die älteren Facharbeiter und Mitglieder der alten Arbeiterbewegung, die Träger der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung waren, sondern vielmehr diejenigen, die vor 1947/48 eher durch ihr geringes politisches Engagement aufgefallen waren und die nun in der Umbruchsituation ihre Chance nutzten, einen maßgeblicheren Platz als zuvor im gesellschaftlichen Leben der SBZ einzunehmen.

Unabhängig von der noch zu erbringenden empirischen Forschung lassen sich bereits jetzt drei Vorzüge des weitgehend systemimmanenten, mit Hilfe von Bourdieus Sozialisationsvorstellungen entwickelten Ansatzes darlegen. So lassen sich zunächst Betriebsrätebewegung und Aktivistenbewegung als zwei verschiedene Angebote von Interessenvertretung innerhalb einer einzigen Gewerkschaft gleichwertig untersuchen, ohne eine von beiden als „ungewerkschaftlich“ aus der historischen Untersuchung ausschließen zu müssen. Auch andere Varianten von Interessenvertretung, wie sie in dem in der Praxis keineswegs monolithischen FDGB der SBZ

---

<sup>65</sup> Suckut, Die Betriebsrätebewegung, S. 507f. Henneckes politisches Engagement scheint als Motiv eher im Hintergrund gestanden zu haben. Zwar wird in der DDR-Literatur in der Regel darauf hingewiesen, daß sich Hennecke bereits in der Weimarer Republik als Kommunist engagiert habe, was durch dessen RGO-Beitritt von 1932 belegt wurde; tatsächlich trat Hennecke aber erst 1946 zum ersten Mal in seinem Leben in eine Partei ein, und zwar in die SPD (Vgl. *ibid.*; s. als Beispiel einer DDR-Beschreibung Lucas/ Witzel, Die Bergarbeiter, S. 99).

<sup>66</sup> Bust-Bartels, Herrschaft und Widerstand, S. 39. Aktivisten wurde auch ganz direkt der soziale Aufstieg versprochen; so lautete z.B. Punkt 6 einer EntschlieÙung der Betriebsfunktionärskonferenz der IG Bergbau v. 30.-31. 10. 1948: „Die Aktivisten haben das erste Recht, durch die Betriebe auf Fachschulen entsandt zu werden. Aus den Aktivisten ist eine neue technische Betriebsintelligenz zu entwickeln“ (zitiert nach Lucas/ Witzel, Die Bergarbeiter, S. 112).

<sup>67</sup> Die Haltung dieser Gruppen wurde also stark durch die den Habitus strukturierenden Faktoren Neigungswinkel der Karriere und Zukunftserwartung strukturiert.

und frühen DDR festzumachen sind - erinnert sei nur an das „branchenegoistische“ Verhalten der Industriegewerkschaften -, ließen sich auf diese Weise erfassen. Zweitens läßt sich zeigen, daß ein Engagement für eine der Bewegungen keineswegs beliebig, geschweige denn „spontan“ oder „selbstlos“ war und daß auch rationales Kalkül nicht notwendigerweise den Ausschlag geben mußte. Vielmehr erwiesen sich spezifische Sozialisationserfahrungen, die jeweils eine größere, definierbare Gruppe von Menschen gemeinsam hatte, als ausschlaggebend für die Art der Interessenvertretung, der jeweils der Vorzug gegeben wurde. Die Macht dieser mentalen Strukturen hatte damit nicht zuletzt auch Einfluß auf politische Entscheidungen. So wurde beispielsweise die FDGB-Führungsspitze 1947/48 zu dem Versuch veranlaßt, einen Kaderwechsel innerhalb der Gewerkschaften durch einen Generationenaustausch einzuleiten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Verhaltensweisen der HJ-Generation eher dem politischen Programm der SED entgegenkamen als die der alten Arbeiterbewegung. Drittens eröffnet sich durch den Ansatz ein Zugang zu dem Stellenwert sozialer Strukturen. So war es das spezifische kulturelle und soziale Kapital, das die Betriebsräte zunächst gegen alle Pläne von SED, FDGB oder SMAD zu einem einflußreichen Faktor werden ließ. Genauso wurde ihre Auflösung 1948 zwar politisch von oben entschieden, die Widerstandslosigkeit, in der sie sich vollzog, läßt sich aber wiederum entscheidend aus einer erneuten Umbeziehungsweise Abwertung ihres kulturellen und sozialen Kapitals erklären. Ohne die Macht politischer Entscheidungen in der SBZ und frühen DDR aus den Augen verloren zu haben, wurde durch den vorgeschlagenen Ansatz der Einfluß sozialer und mentaler Strukturen aufgezeigt. Damit wurden nicht zuletzt sowohl die Handlungsspielräume sichtbar, die trotz aller politischen Durchherrschungsversuche vorhanden blieben, als auch die Kontinuitäten, die den politisch verursachten Bruch von 1945 überdauerten.